

Konversion: FDP fordert Unterstützung vom Land

Ein Drittel der frei werdenden Militärflächen in der Region

Hanau (ed) ■ Der Hanauer Wirtschaftsdezernent Dr. Ralf-Rainer Piesold (FDP) hat im Rahmen eines Informationsbesuchs beim früheren hessischen Wirtschaftsminister und wirtschaftspolitischen Sprecher der FDP Hessen, Dieter Posch, unter anderem die Entwicklungsmöglichkeiten der Konversionsflächen erörtert. Beide Politiker sind der Meinung, dass die Umnutzung der ehemaligen US-Kasernen auch ein wichtiges landespolitisches Thema ist.

Durch die zweite und dritte Welle des Abzugs von Bundeswehr und US-Streitkräften stehen in Hessen insgesamt mehr als 1600 Hektar Konversionsflächen zur Anschlussnutzungen zur Verfügung. Mit 340 Hektar und damit circa 20 Prozent der Gesamtfläche ist Hanau unter allen hessischen Städten die vom Abzug am stärksten betroffene Kommune. Zusammen mit 244 Hektar Konversionsfläche in Erlensee müssen damit in der Region für etwa ein Drit-

tel der gesamten in Hessen geräumten Liegenschaften neue Nutzungen gefunden werden sowie die hierfür notwendigen Planungen erfolgen. Dies geht, wie Stadtrat Dr. Ralf-Rainer Piesold mitteilt, aus der Antwort der Hessischen Landesregierung auf eine parlamentarische Anfrage des früheren hessischen Wirtschaftsministers Dieter Posch (FDP) hervor.

Den sich aus der Umnutzung der geräumten Flächen ergebenden Chancen für die Stadtentwicklung stünden, so Dr. Piesold, nicht nur erhebliche Ausfälle an kommunalen Einnahmen, sondern auch hohe Kosten für die städtebaulichen Planungen für die Umwidmung der militärischen Liegenschaften gegenüber.

Die FDP-Landtagsfraktion habe eine Anfrage an die Landesregierung gestellt, mit dem Ziel, die Möglichkeiten einer Unterstützung der Kommunen durch die Landesregierung zu prüfen, erläutert

die Hanauer FDP-Vorsitzende Ursula Schäfer. Diese Unterstützung umfasse bisher, wie aus der Beantwortung der Anfrage hervorgehe, vor allem den Einsatz von Landesmitteln für die Beratung der Kommunen und die Erarbeitung von Machbarkeitsstudien für ausgewählte Konversionsprojekte.

Über diese finanziellen Beihilfen hinaus sei das Land nach Ansicht der FDP jedoch vor allem gefordert, die Position der Kommunen gegenüber der Bundesanstalt für Immobilienmanagement (BImA) zu stärken. Für die BImA, die im Auftrag des Bundes die Vermarktung der freigewordenen militärischen Liegenschaften betreibe, stünden bei der Vermarktung entsprechend den Richtlinien des Bundes wirtschaftliche Aspekte im Vordergrund. Dabei besteht nach Erfahrung Piesolds die Gefahr, dass auf die Interessen der Kommunen zu wenig Rücksicht genommen werde.